

Sollte Kultur Verhandlungssache sein?

Bürger und Kultureinrichtungen der Region machen gegen Freihandelsabkommen mobil

Walldorf. (heb) Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und weitere internationale Freihandelsabkommen werden seit geraumer Zeit auch in der Region heiß diskutiert. Bei einer Gesprächsrunde des Kulturforums Südliche Bergstraße mit dem künstlerischen Direktor und Geschäftsführer der Pop-Akademie Mannheim, Prof. Udo Dahmen, im Café Art in Walldorf gab es nur kritische Stimmen.

Das Vorhaben, die beiden großen Wirtschaftsräume EU und USA einander anzugleichen, stellte Gert Weisskirchen als stellvertretender Vorsitzender des Kulturforums grundsätzlich in Frage. Zu unterschiedlich seien Wertesysteme und Grundprinzipien. In der EU gälten das Vorsorgeprinzip und die Freiheit der Verantwortung, in den USA das Nachsorgeprinzip und die Freiheit des Risikos, so Weisskirchen. Auch der Schutz des geistigen Eigentums sei in Europa und den USA sehr unterschiedlich geregelt.

Ähnlich äußerte sich Udo Dahmen: Das deutsche Urheberrecht stelle den Urheber als Schöpfer in den Mittelpunkt, das „Copyright“ die ökonomischen Interessen der wirtschaftlichen Verwerter. Während in den USA viel Geld über private Sponsoren und Stiftungen vergeben

werde, gelte in Deutschland Kultur als Teil der Daseinsvorsorge – die Kommunen hätten eine Fürsorgepflicht.

Dahmen machte deutlich, dass hinter dem geplanten Abkommen massive wirtschaftliche Interessen auf beiden Seiten des Atlantiks stünden und sämtliche Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur, Lebensmittelproduktion, Telekommunikation und Umwelt betroffen wären. Als Beispiel nannte er die deutsche Automobilindustrie, die einen vereinfachten Zugang zum amerikanischen Markt wolle, während die amerikanische Filmindustrie ihre Position in Europa weiter ausbauen wolle. „Der Kulturrat will die Kultur aus dem Vertrag raushalten, aber echte Zusagen kann bisher keiner geben“, betonte er. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriels Zusage vertraue er jedenfalls nicht. Dahmen sprach hier von einem Schlingerkurs. Auch die Position des französischen Staatspräsidenten François Hollande, die Kultur außen vor zu lassen, sei inzwischen aufgeweicht. „Es geht um geostrategische Machtpolitik“, stellte Dahmen klar. Die Tatsache, dass sich die USA gerade in Verhandlungen mit China über ein Investitionsabkommen befinden, „macht Merkel & Co zu Getriebenen“.

Wir alle als Bürger müssten klare Signale senden, forderte der Schlagzeuger und schickte hinterher: „Da ist sehr viel Musik drin.“ Die Stadt Mannheim habe sich deutlich positioniert: Einstimmig hatte der Gemeinderat der Quadrastadt die Forderung des Städtetags untermauert, die kommunale Daseinsvorsorge aus internationalen Handelsabkommen herauszunehmen. Die Organisation von Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Volkshochschulen und Kultureinrichtungen, Sparkassen, Krankenhäusern oder des öffentlichen Nahverkehrs müsse Sache der kommunalen Selbstverwaltung bleiben.

Der Vorsitzende des Kulturfördervereins Kurpfalz, Edgar Berlinghof, sprach sich dafür aus, die Bevölkerung zu sensibilisieren, Institutionen zusammenzuführen und eine breite Bürgerlobby zu schaffen. Es sei wichtig, dass sich die Kommunen klar werden, wie TTIP und andere internationale Abkommen sich auf sie auswirken könnten, ergänzte sein Stellvertreter Michael Gläser.

Er fühle sich als Bürger von der Politik verlassen, sagte ein Teilnehmer der Diskussion. „Die von den Handelsabkommen profitieren, werden das Paket so dick geschnürt und so intransparent ge-



Ausschließlich Kritik an Freihandelsabkommen wie TTIP wurde in der Diskussionsrunde des Kulturforums Südliche Bergstraße im Café Art in Walldorf laut. Foto: Hebbelmann

macht haben, dass Otto Normalverbraucher das nicht durchschaut“, äußerte eine Dame und forderte ein neues Verhandlungsmandat von der EU. Dass der Vertrag nicht kündbar sein soll und Liberalisierungen nicht rückgängig gemacht werden könnten, beunruhigte eine weitere Besucherin. Die Grundphilosophie stamme aus den USA: totale Ökonomisierung aller Lebensbereiche, bemerkte ein Herr, der die Frage anschloss: „Was bedeutet das für die Kultur?“

Die Öffentlichkeit müsse sich stärker mit dem Thema befassen, denn aktuell bestünden gute Chancen, in die Ver-

handlungen einzugreifen, regte Weisskirchen an. An ihnen soll es nicht liegen, machten die Wieslocherinnen Barbara Klingenfuss und Christa Schmidberger-Fischer klar. Gemeinsam stellten sie die „Initiative für ein demokratisches gerechtes Handelsabkommen Wiesloch“ vor. Mit der Grünen-Fraktion habe man erreicht, dass sich Wieslochs Gemeinderat am 22. Juli ab 18 Uhr mit einer möglichen Stellungnahme der Stadt zu den Freihandelsabkommen befasst. „Das gibt eine heiße Diskussion, es ist wichtig, dass Bürger kommen und Interesse zeigen“, warb Barbara Klingenfuss.